

1971	Ausgegeben zu Bonn am 20. Oktober 1971	Nr. 103
------	--	---------

Tag	Inhalt	Seite
9. 10. 71	Verordnung über Qualitätsnormen für Obst und Gemüse	1637
9. 10. 71	Verordnung über gesetzliche Handelsklassen für frisches Obst und Gemüse	1640
	7849-1-1	

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Verkündungen im Bundesanzeiger	1675
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	1675

Verordnung über Qualitätsnormen für Obst und Gemüse

Vom 9. Oktober 1971

Auf Grund der §§ 1, 2 Abs. 2 und des § 3 des Handelsklassengesetzes vom 5. Dezember 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1303), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Handelsklassengesetzes vom 12. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 188), wird vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit den Bundesministern für Jugend, Familie und Gesundheit sowie für Wirtschaft und Finanzen mit Zustimmung des Bundesrates sowie auf Grund des § 5 Abs. 1 des Handelsklassengesetzes und des § 36 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verordnet:

§ 1

Marktnotierungen

Börsen, Verwaltungen öffentlicher Märkte und sonstige Stellen, soweit sie amtliche oder für gesetzlich vorgesehene Zwecke bestimmte Preisnotierungen oder Preisfeststellungen für die in Anhang I und II der Verordnung Nr. 158/66/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966 über die Anwendung der Qualitätsnormen auf Obst und Gemüse, das innerhalb der Gemeinschaft in den Verkehr gebracht wird (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 3282), aufgeführten Erzeugnisse vornehmen, sind verpflichtet, ihren Notierungen oder Feststellungen die Güteklassen zugrunde zu legen, die in den in Artikel 2 der EWG-Verordnung Nr. 23 vom 4. April

1962 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 965) genannten Qualitätsnormen (EWG-Qualitätsnormen) vorgesehen sind.

§ 2

Werbung

Für ein in Anhang I oder II der Verordnung Nr. 158/66/EWG aufgeführtes Erzeugnis darf in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, nicht ohne Angabe einer in der betreffenden EWG-Qualitätsnorm vorgesehenen Güteklasse geworben werden, sofern dabei Preise angegeben werden, die sich unmittelbar oder mittelbar auf eine Gewichtseinheit beziehen.

§ 3

Rechnungen, Lieferscheine und sonstige Transportbegleitpapiere

In Rechnungen, Lieferscheinen und sonstigen Transportbegleitpapieren über ein in Anhang I oder II der Verordnung Nr. 158/66/EWG aufgeführtes Erzeugnis ist die Güteklasse anzugeben, unter der das Erzeugnis geliefert, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht worden ist. Das gilt nicht für Rechnungen, Lieferscheine und sonstige Transportbegleitpapiere des Einzelhandels.

§ 4

**Meldungen der Verlader
und Anträge der Exporteure**

(1) Die Meldungen des Verladers nach Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2638/69 der Kommission vom 24. Dezember 1969 über zusätzliche Bestimmungen bezüglich der Qualitätskontrolle von Obst und Gemüse, das innerhalb der Gemeinschaft in den Verkehr gebracht wird (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 327 S. 33), sowie der Antrag des Exporteurs nach Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 496/70 der Kommission vom 17. März 1970 mit ersten Vorschriften zur Qualitätskontrolle von nach Drittländern ausgeführtem Obst und Gemüse (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 62 S. 11) sind an die nach Landesrecht zuständige Stelle zu richten. Sie müssen folgende Angaben enthalten:

1. Art, gegebenenfalls Sorte und Güteklasse des Erzeugnisses,
2. Menge der zu versendenden Erzeugnisse,
3. Verladeort,
4. Bestimmungsort,
5. Art des Beförderungsmittels,
6. Art der Verpackung,
7. Transportweg (Grenzübergangsstelle),
8. voraussichtlicher Versandtermin.

(2) Für Sendungen innerhalb der Gemeinschaft mit einem Gewicht unter vier Tonnen werden die Verlader von der in Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2638/69 enthaltenen Verpflichtung entbunden.

§ 5

**Verbringen aus den Währungsgebieten
und in die Währungsgebiete der Mark der
Deutschen Demokratischen Republik**

Die Vorschriften über die bei der Einfuhr aus und der Ausfuhr nach dritten Ländern anzuwendenden Qualitätsnormen im Sinne dieser Verordnung werden entsprechend bei dem Verbringen aus den Währungsgebieten und in die Währungsgebiete der Mark der Deutschen Demokratischen Republik angewendet. Dies gilt nur für Vorschriften, für deren Durchführung das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft zuständig ist oder deren Einhaltung es zu überwachen hat.

§ 6

**Überwachung durch das Bundesamt
für Ernährung und Forstwirtschaft**

Die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dieser Verordnung beim Verbringen von Obst und Gemüse

1. in den Geltungsbereich dieser Verordnung, solange für die Erzeugnisse die außenwirtschaftsrechtliche Einfuhrabfertigung oder, soweit es sich um Erzeugnisse aus den Währungsgebieten der

Mark der Deutschen Demokratischen Republik handelt, die Abfertigung noch nicht stattgefunden hat,

2. aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung, sofern die Erzeugnisse zuvor in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbracht worden sind,

wird dem Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft übertragen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen Artikel 2 Abs. 2 der EWG-Verordnung Nr. 23 ein in deren Anhang I aufgeführtes Erzeugnis aus dritten Ländern in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbringt,
2. entgegen Artikel 1 der Verordnung Nr. 158/66/EWG ein in deren Anhang I oder II aufgeführtes Erzeugnis feilhält, anbietet, verkauft, liefert oder sonst in den Verkehr bringt,
3. entgegen Artikel 3, 4 oder 6 Abs. 2 der Verordnung Nr. 158/66/EWG ein in deren Anhang I oder II aufgeführtes Erzeugnis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der richtigen Weise kennzeichnet,
4. entgegen Artikel 1 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2638/69 die zuständige Kontrollstelle nicht über eine Sendung vor deren Abgang unterrichtet,
5. entgegen Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 496/70 vor dem Abgang einer Sendung bei der zuständigen Kontrollstelle einen Antrag auf Kontrolle nicht einreicht oder
6. entgegen Artikel 4 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 496/70 eine Sendung ohne vorgeschriebene Kontrollbescheinigung in dritte Länder ausführt.

Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 1 Abs. 3 Nr. 2 des Handelsklassengesetzes mit einer Geldbuße bis zu 20 000 Deutsche Mark geahndet werden.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 3 des Handelsklassengesetzes handelt, wer

1. einer Vorschrift
 - a) des § 1 über Preisnotierungen oder Preisfeststellungen,
 - b) des § 2 über die Werbung,
 - c) des § 3 über Rechnungen, Lieferscheine oder sonstige Transportbegleitpapiere oder
 - d) des § 4 über die Meldung der Verlader oder die Anträge der Exporteure
 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 5 in Verbindung mit
 - a) Artikel 2 Abs. 2 der EWG-Verordnung Nr. 23 ein in deren Anhang I aufgeführtes Erzeugnis aus Währungsgebieten der Mark der Deutschen Demokratischen Republik in den Geltungsbereich dieser Verordnung verbringt,
 - b) Artikel 4 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 496/70 eine Sendung ohne vorgeschriebene

Nr. 103 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 20. Oktober 1971

1639

Kontrollbescheinigung in Währungsgebiete der Mark der Deutschen Demokratischen Republik verbringt.

§ 8

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten

Bei Ordnungswidrigkeiten nach § 7 Abs. 1 Nr. 4 des Handelsklassengesetzes und § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 6 und Abs. 2 Nr. 2 ist das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft, soweit es nach § 6 für die Überwachung zuständig ist, Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

§ 9

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Handelsklassengesetzes und § 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt drei Monate nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 9. Oktober 1971

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl